

HI live, 28.05.2018

Lübecker SPD-Frauen informierten sich beim Frauennotruf

Eine Delegation der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) mit ihrer Vorsitzenden Gabriele Hiller-Ohm und ihrer Stellvertreterin Dr. Heike Willeke trafen sich am Wochenende mit dem Expertenteam des Lübecker Vereins "Frauennotruf" in der Musterbahn 3, um politische Strategien gegen Gewalt zu beraten. Misshandelte Frauen und Mädchen finden beim Frauennotruf seit vielen Jahren professionelle Beratung, Begleitung und Unterstützung.

Fast jede zweite Frau in Deutschland hat seit ihrem 16. Lebensjahr körperliche oder sexuelle Gewalt erlebt. Häusliche Gewalt nimmt einen besonders hohen Stellenwert ein. Im Vordergrund stand die Frage: Wie ist die Situation in Lübeck? Wo finden betroffene Frauen Hilfe?

Einig waren sich die Gesprächspartnerinnen, dass die Verschärfung des Sexualstrafrechts vor einem knappen Jahr längst überfällig war und betroffenen Frauen helfen wird. „Jetzt gilt der Grundsatz `Nein heißt Nein`, so Gabriele Hiller-Ohm. Das bedeute, dass sich nicht nur derjenige strafbar macht, der Sex mit Gewalt oder Gewaltandrohung erzwingt. „Jetzt reicht aus, wenn sich der Täter (meist ein Mann) über den `erkennbaren Willen` des Opfers (meist einer Frau) hinwegsetzt“.

Wichtig ist, dass die so notwendigen Angebote einer kurzfristigen, vertrauensvollen und professionellen Beratung für Frauen und Mädchen, wie der Frauennotruf sie vorhält, in ausreichendem Umfang finanziert werden.

Ein weiteres notwendiges Handlungsfeld ist nach dem Frauennotruf eine Neuregelung des Zeugnisverweigerungsrechts. „Die Mitarbeiterinnen von Fachberatungsstellen sollten ein strafprozessuales Zeugnisverweigerungsrecht erhalten, um nicht vor Gericht gezwungen zu werden, aus vertraulichen Gesprächen öffentlich berichten zu müssen“, so die SPD-Frauen. Die Mitarbeiterinnen des Frauennotrufs betonten, dass die Grundvoraussetzung ihrer Arbeit die Verschwiegenheit über das ihnen durch die betroffenen Frauen im Gespräch Anvertraute ist. „Die Betroffenen müssen immer selbst entscheiden können, ob sie sich mit ihren Gewalterfahrungen nach außen wenden“.

Das Fazit des intensiven Austauschs: SPD-Frauen unterstützen die Forderungen des Frauennotrufs und wollen zukünftig enger mit der Beratungsstelle zusammenarbeiten. Die Bundestagsabgeordnete Hiller-Ohm sagte zu, sich für entsprechende Gesetzesänderungen einzusetzen.



Die Lübecker SPD-Bundestagsabgeordnete Gabriele Hiller-Ohm besuchte mit Frauen der ASF den Frauennotruf Lübeck